

Editorial

Joachim Lange

In den letzten Jahren hat eine große Zahl von Flüchtlingen Deutschland erreicht. Zunächst standen die kurzfristigen Aufgaben der Unterbringung und Versorgung im Vordergrund. Die hierfür zuständigen Behörden, aber auch eine Vielzahl von Freiwilligen, Verbänden und Organisationen haben diese große Aufgabe, ohne hier berechtigte Kritik ausblenden zu wollen, letztlich besser bewältigt, als sich das viele vor drei Jahren hätten vorstellen können. Angesichts der internationalen Lage schien es jedoch schnell wahrscheinlich, dass ein großer Teil der nach Deutschland gekommenen Flüchtlinge zumindest mittelfristig, zum Teil aber auch langfristig oder dauerhaft, in Deutschland bleiben würde. Damit war aber auch klar, dass der deutsche Sozialstaat dauerhaft vor große Aufgaben gestellt werden würde. Diese betreffen vielfältige Politikfelder: Angefangen bei der Grundsicherung für Arbeitssuchende, den für die Menschen nach Anerkennung als Asylberechtigter oder als Flüchtling im Hinblick auf Existenzsicherung und Arbeitsmarktintegration zuständigen Rechtskreis, über die gesetzliche Kranken-, Renten- und Arbeitslosenversicherung bis hin zum Schulwesen, dem Wohnungsbau und der Stadtplanung.

Es konnte auch wenig überraschen, dass in einer von Haushaltskonsolidierung geprägten Zeit, angesichts des Zustandes der öffentlichen Infrastruktur, der Unterversorgung der Schulen oder des in etlichen Großstädten angespannten Wohnungsmarktes, Verteilungsdebatten begannen – wie berechtigt oder unberechtigt sie bei näherem Hinsehen auch sein möchten. Dabei wurde in der Diskussion frühzeitig auch auf mögliche volkswirtschaftliche und gesellschaftliche Vorteile der Flüchtlingsmigration angesichts des sich abzeichnenden Arbeitskräftemangels und des demographischen Wandels hingewiesen. Zwar sind die ersten überzogen optimistischen Erwartungen hinsichtlich des Bildungsniveaus der Flüchtlinge und der Geschwindigkeit ihrer Integration in den Arbeitsmarkt einer gewissen Ernüchterung gewichen, doch ist der für die Rentenversicherung und Demographie relevante Zeithorizont in Jahrzehnten zu bemessen und ein Arbeitskräftemangel wird gerade auch für mittlere Qualifikationsniveaus prognostiziert.

So wichtig eine fundierte Analyse der ökonomischen Aspekte der Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf den Sozialstaat ist, darf sich die Analyse nicht auf diese Aspekte beschränken. Wenn die Regeln des Sozialstaats als „geronnene Wertvorstellungen“ der Gesellschaft verstanden werden, ist es auch erforderlich, die grundsätzlichen

Interdependenzen zwischen Flüchtlingsmigration und Sozialstaat zu betrachten. Die möglichen Konsequenzen von Migration aus anderen Kulturkreisen für das soziale Kapital einer Gesellschaft oder die Bereitschaft, öffentliche Güter zu finanzieren, werden schon seit einiger Zeit diskutiert. Die Bestimmung des Verhältnisses einer universalistischen Ethik, die in Deutschland relativ verbreitet scheint, zu einem nationalstaatlich definierten Sozialstaat scheint hingegen noch am Anfang zu stehen. Die Flüchtlingsmigration führt uns mögliche Spannungen konkret vor Augen. Doch ist es ja gerade der Anspruch einer universalistischen Ethik, auch Problemstellungen zu berücksichtigen, die nicht unmittelbar vor Augen stehen.

Um die vielfältigen möglichen Auswirkungen der Flüchtlingsmigration auf den Sozialstaat in den Blick zu nehmen, haben sich die Gesellschaft für Sozialen Fortschritt e.V. und die Evangelische Akademie Loccum bereits im Herbst 2015 entschlossen, die Jahrestagung der Gesellschaft des Jahres 2016 diesem Thema zu widmen. Einige der Beiträge dokumentiert das vorliegende Schwerpunktheft. Angesichts der hohen Aktualität des Themas und der Vielfalt der zu berücksichtigenden Fragestellungen war ein solches Unterfangen von vornherein als erste Exploration zu verstehen. Allen, die sich auf dieses Unterfangen eingelassen haben, besonders jenen, die dies hier auch noch schwarz auf weiß getan haben, gebührt Dank.

Der Beitrag von *Jochen Oltmer* ordnet eingangs die aktuelle Fluchtmigration in den großen Kontext der Gewaltmigration seit der Mitte des vergangenen Jahrhunderts ein. Er betrachtet dabei insbesondere die Entwicklung der bundesdeutschen Diskussion über die Haltung zu Flucht und Asyl. Er geht dabei auch kurz darauf ein, wie diese Diskussion durch das Argument des Arbeitskräftebedarfes beeinflusst wurde. Dieser Frage widmet sich der Beitrag von *Hannes Schammann* ausführlich, der eine „meritokratische Wende“ in der deutschen Flüchtlingspolitik konstatiert. Der Beitrag von *Gisela Färber* und *Dominique Köppen* schätzt die fiskalischen Auswirkungen der Flüchtlingsmigration ab und berücksichtigt dabei auch die langfristigen Auswirkungen auf die Sozialversicherungen. Darin wird deutlich, welche große Rolle auch unter fiskalischen Aspekten eine erfolgreiche Arbeitsmarktintegration der Flüchtlinge hat. Der Beitrag von *Matthias Schulze-Böing* weitet abschließend den Blick auf die Vielfalt der für Migration und die Integration relevanten Politikfelder. Aus kommunaler Sicht zeigt er auf, dass eine erfolgreiche Integrationspolitik gerade jene Politik ist, die Integration als Querschnittsaufgabe in allen Politikbereichen versteht. Zugleich weist er darauf hin, dass eine erfolgreiche Integration es auch erfordert, Schwierigkeiten und Probleme in den Blick zu nehmen und anzugehen. Dieser Ausblick auf die Vielfalt der zu klärenden Themen ruft in Erinnerung, dass in den nächsten Jahren noch eine intensive Befassung mit der

Interdependenz von Flüchtlingsmigration und Sozialstaat ansteht und dieses Schwerpunktheft daher als Auftakt verstanden werden sollte.